

Die Redaktion... Druckerei...

Vertrieb... Expedition...

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Greuel in Gefängnissen.

Das Schicksal der Gefangenen.

Nach und nach kommen die unbegreiflichen Greuelthaten, die Grausamkeiten derer aus Sicht, die von der Regierungs- und Vorgesetztenpresse als „Meister Berlins“ bejubelt werden.

Aber es gibt ein Kapitel in der Geschichte der letzten Wochen, in das noch nicht hineingeleuchtet ist, es gibt Stellen in Berlin, wo hinter hohen Mauern und vergitterten Fenstern die Greuel der Strafkämpfe ihre Fortsetzung fanden.

Die illustrierten Zeitungen bringen in diesen Tagen fast alle ein Bild, auf dem man gefangene Spartakisten sieht.

Nachdem sich die Weiskauer dieses Bildes klar, wohin, weil dem Schicksal diese Unglücklichen entgegen gehen?

Wir geben im Folgenden zusammenhanglos nur einzelne Stellen aus dem ausführlichen Bericht eines jungen Schriftstellers, der am 7. März verhaftet wurde.

„Angekommen beim Lehrstuhl Staatsgefängnis, sprangen wir vom Auto unter Stöhnen der Soldaten. Man führte uns an den Eingang des Gefängnisses. Es hieß: „Haltet die Mäntel!“

Da sich in der Halle niemand mehr um uns kümmerte, legten wir uns schließlich auf den nassen Boden bei empfindlicher Kälte.

Am nächsten Morgen ignorierte man uns immer noch. Erst gegen 11 Uhr verabschiedete man uns je ein Stückchen eines Brotes, das diesen Namen nicht verdiente.

Am nächsten Morgen ignorierte man uns immer noch. Erst gegen 11 Uhr verabschiedete man uns je ein Stückchen eines Brotes, das diesen Namen nicht verdiente.

Erst dann mit anreden und erwarten, da die Soldaten bereits anfangen, sie zu misshandeln. Ich schloß die Augen. In Gegenwart von Offizieren sprach und schlug ein Soldat z. B. einen Herrn in die Brust wiederholt ins Gesicht.

„In Pfingsten hofften wir nun den Freiwilligen entronnen zu sein. Wir täuschten uns. Denn im Hofe angelangt, kommandierte ein beliebiger Herr, der dauernd mit einer Handgranate in der Faust herumhantierte:

„An die Wand stellen!“

Die meisten glaubten in diesem Augenblick wohl fälschlich zu werden. Waren doch bereits bei unserer Einlieferung im Lehrstuhl Staatsgefängnis Verhörungen laut geworden, wie: „Alle Spartakisten werden erschossen“.

„Alle totschlehen!“

was bei vielen die furchtbaren Erwartungen hervorrief.“ Schließlich wurden unser Gewärtswart und 50 weitere Leidensgefährten in den sogenannten „Käfigsaal“, in einzelne kleine Käfige, Räume, die 1 Meter breit, 2 Meter lang und hoch sind, gesperrt.

Und in diesem Zustand leben noch heute, noch jetzt, Hunderte von Verhafteten, unter ihnen zahlreiche Jugendliche, viele, die nur irgend einer mitleidigen Verhörung wegen von Offizieren verhaftet sind, andere, die überhaupt nicht wissen, weshalb sie eingesperrt sind.

Unterernährt, dem Verhungern nahe, befinden diese unglücklichen Opfer sich noch immer unter der Einwirkung einer grausamen Todesangst, die man mit den raffiniertesten Mitteln absichtlich in ihnen hervorgerufen hat.

Diese Zustände dürfen nicht weiter bestehen! Es ist nicht nur unmensächlich, es ist auch im höchsten Grade unklug, sie zu dulden.

Wir fordern daher, daß aus allen Gefängnissen die Regimentsstruppen entfernt werden, daß alle Verhafteten, gegen die nicht schwerwiegender Verdacht vorliegt, aus der Haft entlassen werden, und endlich daß gegen alle Offiziere und Soldaten, die während der Kampf- und Verhaftungstage an der Verwundung der Gefangenen in irgend einer Weise beteiligt waren, eine strenge Untersuchung eingeleitet wird.

Der Mörder stellt sich dem Gericht.

Wir lesen in der Presse folgende Nachricht: Oberleutnant Marloh hat das gefasste Material der gegen ihn gerichteten Angriffe der Sozialdemokratie übergeben und ein Verbrechen gegen sich selbst beantragt.

Der Mord an den 24 Matrosen in der Französischen Strafe ist von uns aufgedeckt worden. Wir verlangen vom Kriegsgericht, daß es die Zeugen hört, die beweisen können, daß Marloh unschuldige Menschen ohne Verhör, selbst ohne Prüfung der Papiere, also rein willkürlich, erschossen lassen hat.

Der Mann ohne Rechtsgefühl.

Es ist eine Schande für die Rechtssozialisten, daß sie einem Menschen wie dem Seine den wichtigsten Ministerposten im Kabinett übergeben.

Man hat diesen Menschen jetzt gründlich kennen gelernt. Er hat immer die Pose des Kämpfers für Recht und Gerechtigkeit eingenommen, immer so getan, als bewege ihn nur unbestechliches Rechtsgefühl.

Seine wirkt viel widerlicher als etwa Noske. Noske ist borniert und brutal, er versteht es nicht besser und ist heute nur ein Werkzeug in den Händen der Offiziere.

Wir wollen nicht auf alte Dinge zurückkommen. Seine wirkt sehr genau, daß, wenn die an der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs verhafteten Offiziere endlich verhaftet sind, das ausschließlich das Verdienst derjenigen ist, die die Verhaftungsversuche der kriegsgerichtlichen Untersuchung durchkreuzt.

Aber reden wir von den neueren Vorfällen. Seine hat bis heute nicht den Schicksal Noskes verdient haben können. Auch darüber wollen wir jetzt nicht streiten.

Der Mann weiß, daß in der Französischen Strafe sich eine schauerliche Tragödie abgespielt hat, daß dort Matrosen toten in einen Hinterhalt gelockt und kaltblütig abgetan worden sind.

Die Gefangenen sind überfüllt. Neben dem Spindubenaufstand, von dem Seine spricht, sitzen dort Hunderte Unschuldiger. In den Gefängnissen herrscht der Hunger und keine ist vor den schwersten Missetatungen sicher.

Dieser Seine ist nicht nur ein politischer Skandal.

Un unsere Organisationen.

Ueberall im Reich schreitet unsere Bewegung rüstig vorwärts. Die Zentrale unterstützt die Agitation nach Kräften. Das auf dem Parteitag beschlossene Aktionsprogramm hat sie als Flugblatt drucken lassen und hat Matern desselben allen Bezirksleitungen zugestellt; an die letzteren müssen sich die Kreise und Orts wenden, die das Flugblatt beziehen wollen. Es muß in Millionen Exemplaren im Lande verbreitet werden.

Am nächsten Tag erscheint im Verlage der „Leipziger Volkszeitung“ eine vom Genossen Marchionini verfasste Agitationsbroschüre:

„Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?“ Die Broschüre wird eine Lücke in unserer Agitationsliteratur ausfüllen und zweifellos stark verlesen werden. Sie wird von unseren Organisationen für 30 Pf. verkauft werden können. Die Organisationen tun gut, ihre Bestellungen schon jetzt beim Verlage der „Leipziger Volkszeitung“, Leipzig, Landauer Straße 19/21, aufzugeben.

Unsere Berliner Parteioffiziale haben im Verlage der „Freiheit“ eine Broschüre über die Märzereignisse in Berlin herausgegeben. Die Broschüre führt den Titel „Die Wahrheit über die Berliner Straßenkämpfe“, und kann von den Organisationen für 35 Pf. abgekauft werden. Sie ist zu beziehen vom Verlage der „Freiheit“, Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Angesichts der Lügenberichte, die im Lande über die Berliner Märzereignisse verbreitet sind, empfehlen wir diese Broschüre dringend zur Verbreitung.

Am Freitag am 6. April erscheint die erste Nummer unserer neuen selbständigen Frauenzeitung „Die Kämpferin“. Sie ist als Agitationsnummer mit Illustrationen ausgestattet und zum Preise von 25 Pf. von den Organisationen zu beziehen. Die Zeitung erscheint unter der Redaktion der Genossin Wurm vierzehntägig und wird in Leipzig gedruckt. Die Bestellungen sind ungehindert an den Verleger der „Leipziger Volkszeitung“, Leipzig, Landauer Straße 19/21, zu richten. Unsere Genossinnen werden weiterleben in dem Bestreben, ihrem neuen Organ einen möglichst großen Abonnentenkreis zu verschaffen. Wir empfehlen den Organisationen, den Bezug der „Kämpferin“ für ihre weiblichen Mitglieder obligatorisch zu machen. Der Preis kann dann derart ermäßigt werden, daß die Organisationen das Wort für 30 Pf. monatlich (2 Nummern) an die Mitglieder ablassen können, sonst kostet die Einzelnummer 20 Pf.

Für die zahlreichen Mitglieder unserer Partei in den Gemeindevertretungen werden in Kürze Richtlinien für die Kommunalpolitik erscheinen. Die Herausgabe eines Jugendorgans ist in die Wege geleitet. — Das Preisbureau wird nächstens eröffnet werden.

Die Agitation und die Unterhaltung der Parteileistungen, besonders der Ausbau unserer Parteipresse erfordern die Ausbringung beträchtlicher Geldmittel. Wir erinnern deshalb an den Beschluß des Parteitages die Beiträge für Männer auf 60 Pf. und für Frauen auf 40 Pf. monatlich festzusetzen. Der Beschluß muß vom 1. April d. J. ab in Kraft gesetzt werden.

Ferner ersuchen wir dringend, die noch rückständigen Pflichtbeiträge an die Zentrale vom letzten Quartal 1918, sowie die fälligen für das erste Quartal 1919 an uns einzulösen. Um die großen Ausgaben der letzten Zeit decken zu können, haben wir eine Revolutionskommission ins Werk gesetzt und zu diesem Zweck Sammelstellen in Umlauf gegeben, deren Erträgnis zur Hälfte den Organisationen in den Bezirken und am Orte verbleibt.

Genossen und Genossinnen! Jeder Tag kann uns vor die schwersten Entscheidungen stellen. Kartiert und organisiert, damit wir gerüstet sind!

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kein D'Kastir'eden!

Berlin, 27. März. Ausländische Blätter hatten vor einiger Zeit Äußerungen von Lloyd George und Wilson mitgeteilt, wonach noch übereinstimmender Ansicht dieser beiden Staatsmänner die Friedenskonferenz sich nicht auf Verhandlungen mit der deutschen Delegation einlassen werde. Die Deutschen müßten sich damit begnügen, den ihnen von den assoziierten Regierungen vorgelegenden Friedensvertragsentwurf entweder anzunehmen oder abzulehnen. Am 26. März ist auf die Anfrage der deutschen Waffenstillstandskommission von Marshall Koch folgende Antwort eingegangen: „Die Herren Lloyd George und Wilson haben niemals die Erklärungen abgegeben, welche ihnen zugeschrieben worden sind, und welche die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. März von dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission gestellt worden ist.“

Keine bolschewistische Revolution in Galizien.

Wien, 28. März (Melbung des Wiener Feiern-Bureau.) Aus hier vorliegenden Telegrammen aus Erich und Stanislaw vom 24. d. M. ist zu schließen, daß die von der Moskauer Sowjetregierung durch Funknachricht verbreitete Nachricht von einer bolschewistischen Revolution in Galizien nicht auf Wahrheit beruht.

Die Fassung dieser Meldung ist recht unklar. Es ist aus ihr nicht zu ersehen, ob nur der „bolschewistische“ Charakter der Revolution abgestritten werden soll oder der Ausbruch der Revolution in Galizien überhaupt.

Gewerkschaftliches.

Ablehnung des Tarifvertrages in der Schuhbranche des Schuhmachergewerbes.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses fand Dienstag abends eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung statt, in welcher Kollege Dally den zwischen den Schuhmacher-Zunungen Groß-Berlins und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands vereinbarten Minimal-Lohn-Tarif unterbreitete. Dieser ist auf die Lohnsätze des im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifes auf Grund seiner Vereinbarung 100 Prozent Aufschlag gesetzt worden, in vielen Fällen aber auch weniger. Der neue Tarif sieht eine Erhöhung der Wirtschäfte bis 300 Prozent vor, für genaue Arbeit zum Teil noch mehr. Beim Feilhalten beträgt der Mindestlohn für männliche Arbeiter 45 Mark, für gelernte weibliche Arbeiterinnen 30 Mark, zu denen wie auch zu den Wirtschäften bis zum 30. September 1919 ein Teuerungszuschlag von 100 Prozent zu zahlen ist. Diese Bestimmung wurde vom Referenten mit dem ernstlichen Hinweis der Lebensmittelpreise und dem dadurch einsehenden Ausbau der Löhne begründet. Der Tarif bildet in dem Maße eine feste Grundlage, von der nicht abgewichen werden darf. Auch die Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden bedeutete gegenüber dem bisherigen Zustand einen gewaltigen Fortschritt.

In der Diskussion wurde der Tarif von einzelnen Meckern scharf bekämpft, bei dem augenblicklichen Mangel an Arbeitskräften hätte mehr erreicht werden können als ein Wochenlohn von 90 Mark, der die Schuhmacher in den Augen anderer Arbeiterkategorien herabsetzt. Kolleger Haus machte demgegenüber geltend, daß die Schuhmacher selbst zur Verbesserung ihrer Lage nicht getan haben. Wenn die tariflichen Mindestlöhne nicht bestritten, soßen die Kollegen auf Grund der augenblicklichen Geschäftslage selbst auf Erhöhung der Löhne drängen, der Verband wird sie darin unterstützen. Dally betonte, daß in der Reparaturbranche heute nicht 50 Prozent der Kollegen die im Tarif festgesetzten Mindestlöhne erhalten. — Nach der ziemlich erregten Debatte wurde der Tarif gegen wenige Stimmen abgelehnt. Eine Kommission, bestehend aus den Kollegen Hellmuth, Sundmeyer, Schlieper, Blafert und Böhler soll erneut mit der Annahme verhandeln, um einen Tarif abzuschließen, in dem jegliche Wirtschäfte ausgeschlossen sind und in dem der Zeit entsprechende Zeitlohn festzusetzen ist.

Kollege Hellmuth wies noch darauf hin, daß der Annahmehinweis streng zu meiden ist und nur der partielle Arbeitsnachweis in der Gormannstraße für Stellungsfindende in Betracht kommt.

Ablauf des Tarifvertrages in der Berliner Landeshilfs-gärtnerei.

Der für die Berliner Landeshilfs-Gärtnerei geltende Tarifvertrag ist seitens des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zum 1. April 1919 gekündigt. Die Kündigung erfolgte, weil der im Vertrag festgelegte Stundenlohn in seiner Weise den heutigen Verhältnissen entspricht. Durch die jetzige Tarifbewegung soll eine Erhöhung des Stundenlohnes angestrebt werden.

Ferner soll auch die Lohnfrage der Gartenarbeiter und Gartenfräule tariflich geregelt werden, für die im alten Vertrag eine Festlegung der Löhne nicht erfolgt war.

Ueber den weiteren Gang der Tarifbewegung wird eine am Donnerstag, den 27. März 1919, abends 7 1/2 Uhr, im Nationalhof (Näunhof), Berlin, Wilmersstr. 37, stattfindende Versammlung Beschluß fassen.

Lohnstarif für Geschirrfabrikanten.

In der Branche der Geschirrfabrikanten herrschen infolge des Ueberzuges der Kleinindustrie recht zerfahrenere Arbeitsverhältnisse. Dem Verband der Sattler ist es nun gelungen, wenigstens für die größeren Betriebe folgenden Tarif zu schaffen:

Die Arbeitszeit beträgt an den ersten fünf Wochentagen je 8 Stunden und am Sonnabend 7 Stunden.

Der Mindestlohn beträgt:

- a) für perfekt arbeitende Geschirrfabrikanten, für Zuschneider und Maschinenführer 2,50 Mk. pro Stunde;
- b) für alle übrigen Sattler über 20 Jahre alt 2,20 Mk. pro Stunde;
- c) für Sattler unter 20 Jahren 1,80 Mk. pro Stunde;
- d) für Lederhefterinnen 1,50 Mk. pro Stunde;
- e) für sonstige Maschinenführerinnen 1,10 Mk. pro Stunde.

Die Löhne der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen bleiben der freien Vereinbarung überlassen.

Die bestehenden Akkordverträge werden gemäß den in Ziffer 2 festgesetzten Zeitlöhnen um 210 Proz. ausbezahlt. Grundfah ist, daß ein Durchschnittsarbeiter die in Ziffer 2 festgelegten Lohnsätze verdienen muß.

Arbeiterinnen, die in so geringen Mengen ausgegeben werden, daß die Lohnsumme unter 7,50 Mk. beträgt, sind mit 10 Proz. Zuschlag zu bezahlen.

Für unumgänglich notwendig werdende Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 33 1/3 Proz. gezahlt.

Ueber Streitigkeiten entscheidet eine aus zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern zu bildende Schlichtungskommission. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts endgültig.

Dieses Abkommen hat Gültigkeit vom 1. März 1919 bis zum 30. Juni 1919. Sofern es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird, verlängert es sich immer stillschweigend um einen weiteren Monat.

Dieses Abkommen wurde von folgenden Firmen, die hauptsächlich für den Export arbeiten, unterzeichnet: Gustav Reinhardt, Carl Teich, Deutscher Offizierverein, J. Guiremond, Jordan u. Co., Carl Rieck, Gustav Döring, Richard Nische, Wilhelm Lange, August Selamuth, Hoffmeister u. Wolff, Friedrich Erb u. Co., Paul Wienz, G. m. b. H., Müller-Schöneberg und Jul. Koig-Postdam.

Mit der Durchführung des Tarifes beschäftigte sich am Dienstag eine Versammlung der Geschirrfabrikanten. Es wurde gesagt, daß bei der Firma Selamuth noch eine neunjährige Arbeitszeit besteht. Eine Kommission wurde gewählt, die für Durchführung des Tarifes in allen Betrieben zu sorgen habe. Sie besteht aus den Kollegen Klein, Gräbmacher, Rengel, Raffinix und Hofmann.

In die Brandenstellung wurden gewählt: als 1. Vorsitzender Hoffmann; 2. Vorsitzender Swodenz, Schriftführer Hank. Die Gewählten bekämpften sich vor der Wahl zu Anhängern des Ratesystems.

Lohnnachzahlungen für Fliegeranzüge.

Am Donnerstag, den 20. März d. J., fand vor dem Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie eine Sitzung statt, welche sich mit dem Antrag des Schneiderverbandes über einen 70 prozentigen Lohnzuschlag für Fliegeranzüge beschäftigte.

Am 4. April d. J. wurden mit dem Fliegerverbandsrat in Uebereinstimmung neue Löhne für die Fliegeranzüge vereinbart. Später wurden diese Anzüge dann aus einem schwerer ersichtlichen Reduzierung angefertigt. Der Reparaturbetrieb war bedauerlicherweise die im Tarif vorgesehene. Es kam nun eine Vereinbarung zustande, worin sich die Fliegerbekleidung veranschlagte, einen 10 prozentigen Lohnzuschlag für alle Anzüge, die aus diesem Stoff angefertigt wurden, zu gewähren.

Alle in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen können ihre Forderung auf Nachzahlung bei dem Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie, Berlin, Zimmerstr. 60/61, innerhalb vier Wochen einreichen.

Gewaltigen und Hauptleute und soß sich voll mit ihnen. . . Da wurden hergetracht die goldenen Gefäße, die aus dem Tempel, aus dem Hause Gottes zu Jerusalem genommen waren; und der König, seine Gewaltigen, seine Weiber und Bedienten tranken daraus. Und da sie so saßen, lobten sie die goldenen, silbernen, eiserne, eiserne, hölzernen und heinernen Gefäße. Eben zu derselben Stunde gingen hervor Binger, als einer Menschenhand, die schrieen gegenüber dem Leuchter auf die gekrümmte Wand, in dem königlichen Saal. Und der König ward gewahrt der Saal, die da schrieen. Da entfärbte sich der König, und seine Gedanken erschütterten ihn, daß ihm die Leiden schütterten und die Weine zitterten. . . Und der Prophet kam und las das Geschriebene: „Mene mene tekel upharsin — Gott hat dein Königreich gezählt und vollendet. Man hat dich gemessen und zu Ircht gefunden. Dein Königreich ist zerteilt und den Medern und Perjern gegeben.“

Werden wir nicht auch in der gleichen Wege gemessen und zu Ircht gefunden werden? Unsere vermeintliche Schwere ist in Wirklichkeit die Leichtigkeit des verhängnisvollen Geschehens, des Werdens der Schwäne, der doch niemals erfahren wird, was die Schwäne vor dem Tode singen.

Berlin unter dem Belagerungszustand: 1849.

III

General Wrangel bemühte sich, das Kriegsgesetz in nicht allen scharfen Weise zu gebrauchen er zeigte sich sogar, wo er persönlich mit der Bürgerkassette in Berührung kam, beim Empfang von Deputationen usw. freundlich und zuvorkommend, so daß er sich eine gewisse Popularität erwarb. Bei allen Maßregeln wurde die Rücksicht nicht nur unterlassen, sondern überboten durch die Polizei. Während General Wrangel sich wohl streng, aber niemals brutal, oft sogar guimäßig, verhält und entgegenkommend zeigte, ließ der Polizeipräsident von Sineschen seine Befehle nicht nur durchsetzen, um der von ihm mit unerschütterlichem Glauben verfolgten Demokratie die Polizeimacht drückend sichtbar zu machen. Mit der Polizei verband sich darin der Absicht der konservativen Partei, die seine Menge, welche während der revolutionären Bewegung des vergangenen Sommers sich nicht zu regen gewagt hatte, die jetzt aber nachher sich wieder herbeizurufen um Aufzügen gegen die überhandnehmende revolutionäre Partei.

Und doch wollten selbst die Reaktionsäre ein gewisses Rechtsgesetz wissen und nicht durch eine Verschärfung oder Verändrung des Belagerungszustandes zur Stärkung der revolutionären Kraft des Volkes beitragen.

Der rechtsstehende Abgeordnete Rau mann sagte am 25. April 1849 in der preussischen Nationalversammlung in der Debatte über den Waffstillstand Antrag über die Aufhebung des Belagerungszustandes folgendes:

„Wenn aus politischen Rücksichten für die Fortdauer des Belagerungszustandes gestimmt werden soll, so muß man sich fragen, welche besonderen Gründe zu Vorsehrnissen wäken denn vor, daß nach Aufhebung des Belagerungszustandes wiederum anarchische Zustände eintreten können, daß Ereignisse gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit werden begangen werden.“

Ich halte dafür, daß die Gefahr größer wird durch den Belagerungszustand, ich halte dafür, daß alle diejenigen, die unzufrieden sind mit dem jetzigen Zustande, daß diejenigen namentlich, die in dem Belagerungszustande eine Stärkung ihrer Rechte finden, leicht sich bewegen finden können, selbst dahin Partei zu ergreifen, wozu sie sonst nicht Partei ergreifen haben würden. Es ist eine große Gefahr, die Unzufriedenheit auf einen Punkt zu lenken, und dieser eine Punkt wird für Berlin der Belagerungszustand. Ich mache auf die große Gefahr aufmerksam, die darin liegt, daß sich alles, was unzufrieden ist, zu einem einzigen Streben vereinigen wird, zu dem Angriff gegen das Bestehen des Belagerungszustandes. Ich halte diese Gefahr, ich wiederhole es, für groß, ich halte sie für größer, als die Gefahr, welche bei Aufhebung des Belagerungszustandes eintreten kann, und deshalb werde ich für die Aufhebung des Belagerungszustandes stimmen.“

Die Debatte stand auf hohem geistigen Niveau, nur die Reden der Herren vom Regierungstisch ließen jeden Geist vermissen. Für sie war und blieb die rohe Gewalt das einzige Mittel, um gegen den Willen des Volkes ihren Ansichten Geltung zu verschaffen. — Am 26. April erfolgte die Abstimmung, die ergab, daß der Landtag mit großer Mehrheit den Belagerungszustand für unzulässig erklärte und mit 184 gegen 129 Stimmen die sofortige Aufhebung desselben forderte. Darin wurde am folgenden Tage durch königliche Kabinettsorder die Kammer angewiesen.

Im Verlauf der Verhandlungen hatte der Abgeordnete Philipp gesagt:

„Der Belagerungszustand hat den gewichtigen Nachteil, daß er das Volk entzweit von dem Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, daß er das Volk an die Willkür gewöhnt. Wenn der Sturm der das Meer aufgewühlt hat, sich legt, so kehrt noch lange nicht die alte Ruhe zurück; es schlingt noch manche Woge über das Gestade und ein wahrhaft erlehrnener Steuermann weiß wohl, daß gerade in den Augenblicken nach dem Sturm ein festes Auge

und eine sichere Hand am meisten nützt. Diese Eigenschaften besitzt aber die Regierung nicht. Es wird gewiß einen kräftigen Eindruck im Lande machen, daß der Herr Justizminister sich hier für den Belagerungszustand in die Schranken begeben hat. Ich sage, es muß einen traurigen Eindruck machen, wenn der Minister der Rechtspflege die Geschicklichkeit besitzt, ungeschickliche Handlungen aus den Wäcken zu verteidigen. — Es gibt viele Leute in Berlin, die in der ersten Freude über den Belagerungszustand sagten: Es ist jetzt alles schön, es ist alles wieder wie unter dem hochseligen Könige. Sie werden sich irren, der ungeschickte Minister wird endlich wieder abgestattet werden!“

Und der Abgeordnete Biegler führte aus: „Ich mag die Art der Gedanken nicht weiter ausdenken, ich sehe schwarz in die Zukunft, wenn dies so fortgeht. Ich mag nicht daran denken, wie an jedes Unrecht sich die Unart reiht; aber das weiß ich, daß, wenn das Ministerium nicht vorangeht in der heiligen Achtung des Gesetzes, dann das Volk nie zu einem Rechtsvolk sich erheben kann.“

Wenn gesagt wurde, der Belagerungszustand überhaupt sei der Kampf der Bajonette gegen die Intelligenz, so möchte ich im konkreten Falle mich noch schärfer ausdrücken: Es ist der Kampf des rückwärtigen Absolutismus gegen die Freiheit. Es wird ihnen nicht entgangen sein, daß die Schwierigkeiten und Verlegenheiten sich täglich mehr um und häufen, daß die Evakuierung im Lande von Tag zu Tag zunimmt; und gerade die Kapazität, mit der diese Unruhen zunehmen, beweist, daß wir uns in einem falschen System befinden. Dieses System eben muß erschüttert werden. Es scheint mir, als bestände sich das Ministerium in der Lage, von der ein berühmter Militärhistoriker spricht, wenn er sagt: daß die größten Niederlagen dadurch entstanden wären, daß der Feldherr sich nicht hätte entschließen können, zur rechten Zeit das Ungünstige seiner Stellung sich selbst einzugestehen und das Geleitz abzubrechen. Und darum sage ich: Tag die Still dieser Männer auch noch so sein, sie müssen doch zuletzt dem allgemeinen Unwillen weichen!“

Und nun vergleiche man diese Reden mit denjenigen, die im Preußenparlament von den sogenannten Vertretern des Volkes und den Männern der neuen revolutionären Regierung fortwährend gehalten werden. Darin tritt der Rücktritt der letzten 10 Jahre recht deutlich hervor. Ja, ja, wie haben es verrückt wir gebracht!

